

# „Neue bürokratische Hürden in Sachsen-Anhalt zu Unzeiten“

## Bauwirtschaft kritisiert Vergabegesetz-Entwurf

DBU/Berlin – Anlässlich einer Anhörung im Wirtschaftsausschuss des Magdeburger Landtages zum Entwurf des Tariftreue- und Vergabegesetzes in Sachsen-Anhalt haben Robert Momberg, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverbands Ost (BIVO), und Giso Töpfer, Hauptgeschäftsführer des Baugewerbe-Verband Sachsen-Anhalt (BGV), vor zusätzlichen bürokratischen Auflagen in unsicheren wirtschaftlichen Zeiten gewarnt.

„Die Landesregierung plant neben der Vielzahl bereits bestehender Sozial- und Umweltauflagen die Einführung zusätzlicher bürokratischer Hürden. Die angedachte Einführung des Vergabemindestlohns wird die öffentlichen Haushalte mit intensiven Prüfungs- und Kontrolltätigkeiten unverhältnismäßig belasten. Vor dem Hintergrund geleisteter finanzieller Anstrengungen zur Bewältigung der Corona-Pandemie und den aktuellen Herausforderungen des Ukraine-Kriegs ist dies nicht nachvollziehbar“, sagte Momberg. Der BIVO-Vertreter lobte indes die Einführung eines Bestbieterprinzips, wonach die vorzulegenden Nachweise nur von dem

Bieter, dem der Zuschlag erteilt werden soll, zu leisten seien. „Gleichwohl hätte dabei die Anwendung diverser Formblätter, Nachweise und Eigenklärungen als Bürokratiebremse hinterfragt werden können“, kritisierte der BIVO-Hauptgeschäftsführer.

BGV-Hauptgeschäftsführer Töpfer merkte an, dass das Bauen für die öffentliche Hand mit dem Gesetz noch komplizierter und teurer werde. Zudem bestehe wegen des gesetzlichen Mindestlohns für die Einführung eines vergabespezifischen Mindestlohns in Sachsen-Anhalt

neben den tariflichen Regelungen in der Bauwirtschaft keine Veranlassung. „Die Festlegung von Mindestarbeitsbedingungen, wie das Entgelt für Arbeitnehmer, ist alleinige Aufgabe der Tarifparteien. Diese Aufgabe nimmt die Bauwirtschaft verantwortungsbewusst wahr“, so Töpfer.

Ein Vergabegesetz habe allein den Zweck zu erfüllen, öffentliche Vergabeprozesse effizient und transparent durchzuführen. „Für diesen Grundsatz werden wir als Verbandvertreter im weiteren Gesetzgebungsverfahren und darüber hinaus eintreten“, versicherten Momberg und Töpfer abschließend. jz



Foto: Bauindustrie Ost

Dr. Robert Momberg



Foto: BGV

Giso Töpfer